

Erscheint
wöchentlich einmal
in
Zürich (Schweiz)
Verlag
H. Deter, Gottlingen-Zürich
Rohlfeldstr. 1.
Verfassungen
franco gegen franco.
Schweizer Briefe
nach der Schweiz kosten
Doppelporto.

Der Sozialdemokrat

Zentral-Organ der deutschen Sozialdemokratie

N. 2.

Donnerstag, 5. Januar.

Abonnements

werden nur beim Verlag und
desse bekannten Agenten ent-
gegengenommen und zwar zum
voraus zahlbaren
Wierteljahrspreis von:
Fr. 2.— für die Schweiz (Kreuzen)
M. 1.20 — für Deutschland (Gulden)
R. 1.70 für Oesterreich (Gulden)
Fr. 2.50 für alle übrigen Län-
der (Schillingen (Kreuzen)).

Inserate

Die dreizehnl. Zeitspalt
25 Cts. — 20 Wts.

1882.

Isis an die Korrespondenten und Abonnenten des „Sozialdemokrat“.

Da der „Sozialdemokrat“ sowohl in Deutschland als auch in Oesterreich verboten ist, bezw. verfolgt wird, und die dortigen Behörden sich alle Mühe geben, unsere Verbindungen nach jenen Ländern möglichst zu erschweren, resp. Briefe von dort an uns und unsere Zeitungs- und sonstigen Sendungen nach dort abzufangen, so ist die äußerste Vorsicht im Postverkehr notwendig und darf keine Vorkehrungsregel vernachlässigt werden, die Briefmarken über den wahren Absender und Empfänger, sowie den Inhalt der Sendungen zu täuschen, und letztere dadurch zu schützen. Hauptforderung ist hierzu einerseits, daß unsere Freunde so selten

als möglich an den „Sozialdemokrat“, resp. dessen Verlag sich abdrücken, sondern sich möglichst an irgend eine unpolitische Adresse außerhalb Deutschlands und Oesterreichs wenden, welche sich dann mit uns in Verbindung setzt; andererseits aber, daß auch und namentlich unpolitische Zeitungsabnehmer mitgeteilt werden. In zweifelsfällen können empirisch sich jedoch größere Sicherheit beim Postverkehr erzielen. Sodann an uns legt, werden wir gewiß mehr Mühe noch haben können, um trotz aller entgegenstehenden Schwierigkeiten den „Sozialdemokrat“ unseren Abonnenten möglichst regelmäßig zu liefern.

Unsere auswärtigen Abonnenten.

Filialen, Vertrauensleuten u. legen wir ans Herz, Abrechnungen und Abonnementsverneuerungen, soweit noch nicht erfolgt, ungesäumt zu bewirken, ebenso wollen alle Abonnenten an unsere Vertrauensleute unbedingt während des ersten Monats im Quartal Zahlung leisten, damit keine Unterbrechung in der Lieferung eintreten muß.

Unsere Vertrauensadressen sind bekannt. Alle Lieferungen erfolgen nur auf Gefahr der Besteller. Briefmarken aller Länder werden für voll angenommen. Größere Beiträge in Papiergeld oder Post-Einzahlung.

Da viele auswärtige Besteller, besonders in Deutschland, sowie in Oesterreich, ihre Briefe immer wieder ungenügend frankieren, wodurch uns erhebliche Verluste durch Strafsportien entstehen, so bemerken wir hiemit wiederholt:

Einfache Briefe (bis zu 15 Gramm) nach der Schweiz kosten:

- aus Deutschland (und dem übrigen Ausland) . . . 20 Fig.
- aus Oesterreich-Ungarn 10 Kr.
- Bei schwereren Briefen kosten immer je 15 Gramm weitere 20 Fig., bezw. 10 Kr.

Die Genossen wollen hierauf in Zukunft um so mehr achten, als wir ungenügend frankierten Sendungen in der Regel die Annahme verweigern müssen.

Die Expedition des „Sozialdemokrat“.

Die Impotenz des Klassenstaates.

In einer der letzten Sitzungen des sächsischen Landtags wurde den deutschen Regierungen, insbesondere der sächsischen, sowie der Reichsregierung von sozialdemokratischer Seite die vollständigste Schaffung-Unfähigkeit auf sozialpolitischem Gebiete vorgeworfen; und der sächsische Staatsminister von Rostig-Wallwitz, obgleich persönlich angegriffen und herausgefordert, Reden den Vorwurf ein, ohne eine Silbe zu erwidern.

Und er hatte Recht. Hätte er sich auf's Leugnen verlegt, so würde es ihm und seinen Kollegen nur noch schlimmer ergangen sein.

Die Angelegenheit, welche den Abgeordneten Liebknecht zu dem Vorwurf veranlaßte, ist für die sächsische Regierung und überhaupt für den modernen Klassenstaat so blamabel als möglich.

Im Knappheitskassenwesen haben sich notorisch die abschaulichsten Miß- und Uebelstände herausgestellt. Niemand, selbst der ergrimmteste Regierungsmann nicht, hat die Stirne gehabt, zu sagen, daß diese Miß- und Uebelstände nicht vorhanden seien. Seit 18, in Buchstaben: achtzehn Jahren agitieren die sächsischen Bergarbeiter für eine Reform der Knappheitskassen, petitionieren sie die Regierung, legen ihr Vorschläge zur Besserung vor — und was hat die Regierung gethan? Nichts, absolut nichts. Sie hat ruhig mit zugehört, wie die Miß- und Uebelstände fortwuchern, wie Unrecht auf Unrecht gehäuft wird, und die einfachsten Grundsätze der Humanität und Gerechtigkeit mit Füßen getreten werden. Vergebens die Klagen, die Beschwerden, die Bitten der Unterdrückten, der Betrogenen, der Bestohlenen. Die Regierung hatte Worte der Sympathie, aber sie kam nicht dazu, ihre Worte zu verwirklichen.

Waren die Worte der Sympathie erheuchelt? Wir wollen es nicht behaupten. In 99 Fällen von 100 ist die „Arbeiterfreundlichkeit“ der herrschenden Parteien und Klassen gewiß nichts anderes als elende Heuchelei, allein der vorliegende Fall ist seiner ganzen Natur nach ein solcher, daß der Glaube, es sei der Regierung mit ihren Sympathie-Aussagen ernst gewesen, keineswegs ausgeschlossen, ja positiv gefördert wird. Die Wünsche der Bergleute waren so bescheiden, die Erfüllung dieser Wünsche innerhalb des Rahmens der heutigen Gesellschaftsordnung so leicht, die durch Erfüllung der Wünsche mit Sicherheit zu erlangende Popularität für die Regierung von so großem praktischen Werthe, daß man das Vorgehen oder Nichtvorgehen der Regierung in dieser Sache fast unumgänglich auf Rechnung des bösen Willens setzen kann, fast mit Nothwendigkeit auf Rechnung der Unfähigkeit sehen muß.

Eine ähnliche Erscheinung hatten wir bei dem Unfallversicherungsgesetz. Es wäre thöricht, die beglücklichen Pläne der Reichsregierung für eitel Humbug zu erklären. Bauernfängerei ist unstrittig dabei, ist sogar unstrittig der Zweck, aber mit der Bauernfängerei ist es ebenso unstrittig der Reichsregierung, speziell dem Fürsten Bismarck, verzeuelt Ernst. Es ist ihm mit seiner „höheren“ Bauernfängerei genau so Ernst, wie dem ersten besten, auf dem letzten Loche pfeifenden gemeinen Spitzbuben, der dem Hungertod oder Arbeitshaus verfallen ist, wenn ihm sein Streich nicht gelingt.

Bismarck pfeift auf dem letzten Loch; er ist am Ende seines Lateins und kann getrost einpacken, wenn die staatssozialistische Trumpfkarte das sonst hoffnungslose Spiel nicht gewinnt, wenn die Arbeiter nicht auf die Keimruhe der sogenannten Sozialreform hängen. Es gibt auf dieser besten aller denkbaren Welten

bloß eine Garantie der Ehrlichkeit, und das ist das Interesse. Ein Mensch, sei er Reichkanzler oder gewöhnlicher Strolch, der zu Grunde geht, wenn er nicht ehrlich ist, ist immer ehrlich. Und in diesem Sinn müssen wir an die Ehrlichkeit des Bismarck'schen Staatssozialismus glauben.

Und trotzdem hat Bismarck, ungeachtet seiner erträumten Allmacht, mit dem Unfallgesetz nur seine klägliche Ohnmacht bewiesen. Und doppelt bewiesen. Nicht allein, daß der Gesetzentwurf miserabel ausgearbeitet war — der schlichteste sozialdemokratische Arbeiterverein hätte ihn zehnmal besser gemacht, und so, daß das Ding Hände und Füße gehabt hätte — der „große Staatsmann“ konnte auch seinem Entwurf nicht einmal die Sanction des Reichstages erwirken.

Warum nicht? Weil der deutsche Reichstag, gleich jedem anderen gesetzgebenden Körper der Gegenwart, seiner überwiegenden Mehrheit nach den Interessen der Bourgeoisie dient und den modernen Klassenstaat vertritt.

Da mag die Reichsregierung sich noch so erboht mit den politischen Vertretern der Bourgeoisie (des bürgerlichen Liberalismus) herumbalgen, da mögen die „Provinzialkorrespondenz“ und die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ noch so laut in die Welt hinausrufen: In Preußen und dem deutschen Reich ist der König-Kaiser nicht abhängig vom Parlament, sondern steht über ihm, da mag Bismarck noch so oft den deutschen Kaiser als dens ex machina aufmarschieren und sich höchstselbstmündig gegen den bürgerlichen Klassenstaat aussprechen lassen — es hilft Alles nichts, das Klasseninteresse herrscht im deutschen Reich gerade so, wie es in Frankreich, England und Amerika herrscht; das deutsche Reich ist ein Klassenstaat, gerade so gut wie die drei genannten Staaten, und wenn noch einige Ueberreste von Junkerei, Gottesgnadenhämlein u. sonstigen mittelalterlichen Quark sich bei uns breit machen, die in jenen Ländern längst verschwunden sind, so beweist dies bloß, daß Deutschland in seiner politischen-sozialen Entwicklung hinter England, Frankreich und den Vereinigten Staaten von Nordamerika zurückgeblieben ist, und noch die schmutzigen Eierschalen allerhand, in wahrhaft zivilisirten Ländern längst überwundener Standpunkte an sich kleben hat.

Voilà tout! Bismarck, so sehr er am Größenwahn laborirt, der heldenkaiserliche Wilhelm, so sicher er wähnt, seine Krone „vom Tische des Herrn“ und direkt aus dem Himmel empfangen zu haben, sie sind nur Handlanger der Bourgeoisie, wandeln die Wege der Bourgeoisie am Gängelbunde der Bourgeoisie. Und jeder Versuch, sich von der Bourgeoisie zu emancipiren, endigt in einer kläglichen Niederlage. Vids die Reichstagswahlen des Jahres 1881.

Also das deutsche Reich ist ein Klassenstaat comme il faut, und leidet an allen Fehlern und Lasten des Klassenstaats. Der Klassenstaat kann aber die soziale Frage nicht lösen, denn sie lösen, wäre für ihn ein Selbstmord. Er spielt mit ihr, will sie ausnützen, hat mitunter Anwandlungen von Ehrlichkeit und christlicher Menschenliebe, und — ob ehrlich oder unehrlich, ob philanthropisch-christliche Zerknirschung oder demagogisch-frivolster Machtadelismus — das Resultat ist immer das nämliche: Null.

Fehlt der gute Wille nicht, so fehlt die Kraft. Vom modernen Klassenstaat die Lösung der sozialen Frage erwarten, heißt von Disteln Weintrauben erwarten. Die Lösung der sozialen Frage setzt die Vernichtung des Klassenstaats voraus. Mit diesem Satz, dessen Richtigkeit kein Sozialdemokrat in Zweifel ziehen kann, ist das Loos des Bismarck'schen Staatssozialismus besiegelt und jedem Sozialdemokraten die Pflicht an's Herz gelegt, den Sturz des Klassenstaats nach Kräften zu beschleunigen.

Das stupide *Après nous le déluge* — nach uns die Sintfluth — eines Wetternichs, überjagt sich für die Epigonen Wetternichs, die Bismarck und Konforten in das hoffnungsvolle: „Nach uns die Sozialdemokratie!“ Die Sozialdemokratie ist die Erbin des bankrotten Staatsmannschums alter Schule, dessen letzter Strohhalmgriff der Staatssozialismus ist.

Unfähig, seine Fehler und Sünden wieder gut zu machen, muß der Klassenstaat an seinen Fehlern und Sünden zu Grunde gehen.

Eine Arbeiter-Petition.

In Essen hat am 26. Dezember unter der Leitung des christlich-sozialen Agitators Kaplan Laas und des christlich-sozialen Reichstagsabgeordneten Stödel eine Bergarbeiterversammlung folgende charakteristische Adresse angenommen:

„Petition
an Se. Durchlaucht den Herren Reichskanzler
um gesetzliche Regelung der Arbeitszeit der Bergleute, angenommen
in der Versammlung der Bergleute im Saale des sächsischen
Wartens zu Essen am 26. Dezember 1881.
Durchlaucht!

Durchdrungen von der Ueberzeugung, daß Se. Durchlaucht den wahren Interessen des Arbeiterhandes eine aufrichtige Sympathie

entgegenbringen, wagt der Unterzeichnete im Auftrag einer Versammlung von 3000 Bergleuten, Ew. Durchlaucht Aufmerksamkeit auf die traurige Lage der hiesigen Bergarbeiter hinzuwenden. Unterzeichnete glaubt dies um so mehr thun zu müssen, als eine diesbezügliche Kundgebung aus hiesigem Kreise geeignet ist, irrige Vorstellungen über die Lage der Arbeiter zu verbreiten. Die Generalversammlung nämlich des Vereins zur Wahrung der gemeinsamen Interessen in Rheinland und Westfalen hat in einem unter dem 20. v. M. an Ew. Durchlaucht gerichteten Telegramm den Gedanken zum Ausdruck gebracht, daß in Folge der von Ew. Durchlaucht inaugurierten Wirtschaftspolitik eine Hebung der Industrie und eine Besserung namentlich der Lage der Arbeiter, und der Bergarbeiter, herbeigeführt worden sei. Wenn die Bergleute einerseits auch gern zugeben, daß Ew. Durchlaucht Bestrebungen zum Schutze der heimischen Produktion schon jetzt einen nicht zu unterschätzenden wohlthätigen Einfluß auf die Montanindustrie ausgeübt haben und zu den schönsten Hoffnungen für die Zukunft berechtigen, so können sie andererseits doch die Behauptung, daß die Lage der Arbeiter eine Besserung erfahren, als der Wahrheit entsprechend nicht anerkennen. Eine Erhöhung der Schichtlöhne hat trotz des unverkennbaren Aufschwunges der Industrie bisher leider nicht stattgefunden, und wenn der Monatslohn der Bergleute gegen früher ein höherer ist, so hat diese Ercheinung lediglich in dem Umstande ihren Grund, daß die Bergleute zu Ueberstunden gezwungen sind. Ew. Durchlaucht werden sich aber der Einsicht nicht verschließen können, daß eine Verlängerung der ohnehin äußerst aufreibenden Bergarbeit eine schwere Schädigung des Arbeiterhandes nothwendig zur Folge haben muß.

Nach des Unterzeichneten Dafürhalten würde eine gesetzliche Regelung der Arbeitszeit sowohl für die Industrie als die Arbeiter von großem Segen sein; die Produktion würde sich innerhalb vernünftiger Schranken bewegen, die Kohlenpreise und mit ihnen die Arbeitslöhne steigen. Ew. Durchlaucht erlaubt sich daher der Unterzeichnete gehoramt zu bitten, im Interesse der Industrie und Bergarbeiter die Initiative dahin ergreifen zu wollen, daß eine gesetzliche Regelung der Arbeitszeit — Normalarbeitszeit — herbeigeführt werde.“

Soweit die Petition. Charakteristisch nannten wir das Ding, weil sie den Beweis liefert, daß diese anscheinend so rabulit auf tretende Agitation im Grunde nichts weiter ist als eine unter-Hirsdankler'sche Harmonie-duselei. Der tiefe Diener, den die Essener Bergleute da vor Bismarck machen, zeigt, daß wir es nicht mit Männern zu thun haben, die im vollen Bewußtsein ihres Wertes für ihr gutes Recht eintreten, sondern mit Leuten, die erzoget sind, zu arbeiten und zu beten.

Wie ein Geber, „Allmächtiger Gott und Vater, barmherziger Schöpfer“ u. s. w., so fängt auch diese Petition an. Großer Bismarck, aufrichtiger Arbeiterfreund, dessen allweise Wirtschaftspolitik einen nicht zu unterschätzenden wohlthätigen Einfluß auf die Montan-Industrie ausgeübt hat“ u. s. w. u. s. w.

Und wie die meisten Gebete, so ist auch diese Petition nicht verfaßt von Leuten, denen ein Einblick in die allgemeinen Verhältnisse fehlt, sondern von Redaktoren und Reichstagsabgeordneten Stödel, also einem Ranne, der die Gelegenheit und die Pflicht hat, die wirtschaftliche Entwicklung genau zu verfolgen und die von der Regierungspresse gestellten Behauptungen nicht schlechtweg für baare Münze zu nehmen, sondern sie zu prüfen.

Thatsache ist nun, daß in der Montan-Industrie Deutschlands ein Aufschwung allerdings stattgefunden hat. Ist das aber eine Folge der deutschen Schutzpolitik? Ein Blick auf die außerdeutschen Verhältnisse beweist, daß das nicht der Fall ist. Im freihändlerischen England z. B. ist der Aufschwung ein noch weit größerer; der Aufschwung ist nicht national, er ist international. Einige Zahlen — worin das beweisen.

Die Kohlenausbeute betrug in Millionen Tonnen à 1000 Kilogramm

	1879	1880	Steigerung
In Großbritannien	135.8	149.3	13.5
„ Deutschland	53.5	59.2	5.7
„ Ver. St. v. Amerika	63.8	70.3	6.5
„ Frankreich	17.1	19.4	2.3
„ Belgien	15.4	16.9	1.5
„ Oesterreich-Ungarn	14.9	16.0	1.1
	300.5	331.1	30.6

Die Roheisen-Produktion in 1000 Tonnen à 1000 Kilogramm

	1879	1880	Steigerung
In Großbritannien	6092	7432	1340
„ Ver. St. v. Amerika	2786	3897	1111
„ Deutschland	2227	2665	438
„ Frankreich	1388	1733	345
„ Belgien	389	448	59
„ Oesterreich-Ungarn	404	445	41
„ andern Ländern	964	981	17
	14250	17601	3351

In der Kohlenindustrie hat Deutschlands Produktion mit der der sechs größten Industriestaaten gleichen Schritt gehalten, in der Produktion des Roheisens aber betrug die Steigerung in

Deutschland 19.6 Prozent
den gesammten Industrielandern der Erde 23.5

Wo bleibt da der wohlthätige Einfluß der deutschen Zollpolitik, Herr Stödel?

Die „Norddeutsche Allgemeine“ aber ist ob dieses von „Arbeitern“ ausgestellten Zeugnisses so entsetzt, daß sie den Satz „Wenn die Bergleute“ bis „zu den schönsten Hoffnungen berechtigten“ durch gesperrten Druck hervorhebt. Und sie hat Recht, wenn sie das thut. Ein solches Zeugniß von Arbeitern ist der größte Erfolg ihres Herrn und Weistevs. Die

*) Welche wir Neumann-Spallart's „Uebersichten der Weltwirtschaft“ Jahrgang 1880, entnehmen.

„schönsten Hoffnungen“, zu welchen die neudeutsche Zoll- und Wirtschaftspolitik mit ihrer Vertheuerung der Lebensmittel „berechtigt“, sind verfrätkte Ausbeutung und verfrätktes Elend der Massen, was kann ein Staatsmann noch mehr verlangen, als daß Arbeiter ihm selbst helfen, sie und ihre Genossen zu betriegen. Wir aber werden uns mit diesen „schönsten Hoffnungen“ in der nächsten Nummer des „Sozialdemokrat“ eingehender beschäftigen. Für heute wollen wir bei der Petition bleiben.

Daß die geringe Lohnerhöhung, von welcher die offiziellen Berichte so großes Aufsehen machen, lediglich eine Folge sind vermehrter Arbeitsleistungen oder, wie es in der Petition heißt, des Umstandes, „daß die Vergleiche zu Ueberschichten gezogen sind“, haben wir bereits in Nr. 50 des „Sozialdemokrat“ vom 8. Dezember v. J. ziffermäßig nachgewiesen, und wenn die Arbeiter sich gegen diese Ueberschichten wenden und eine gesetzliche Regelung der Arbeitzeit — Normalarbeitstag — verlangen, so ist das durchaus berechtigt. Wenn aber, wie es nach der obigen Petition den Anschein hat, eine Gruppe von Arbeitern einen solchen gesetzlichen Schutz lediglich für sich verlangt, als eine wünschenswerthe Folge dieses Schandens eine Steigerung der — Kohlenpreise hinstellt, d. h. also eine Verschlechterung der Lage der gesamten übrigen Arbeiter, so müssen wir auch dagegen Protest einlegen und können die Arbeiter nur beklagen, die sich von ihren Führern zu solchem Schacher verleiten lassen.

Das selte noch, daß der elende Schächer, den die Herren Ausbeuter bei den Zolldebatten im Jahre 1879 so schamlos trieben, daß die Reichstagskommission noch die Bürde überboten, jetzt auch von den Arbeitern nachgeahmt würde! Wenn das christlich sein soll, so mag das auf ein Christenthum passen, welchem der bekannte Spruch:

Heiliger Sanct Florian,
Beschütz' mein Haus, hind' andere an!
entkammt, dann soll man aber das Wort sozialistisch fortlassen und nicht auch dieses christliche Wort zu so unsozialistischen Zwecken mißbrauchen. Der Sozialismus hat mit dem Kasengeist, den diese Petition athmet, nichts zu thun!

Was soll überhaupt diese Petition an den Reichskanzler? Wollte man zeigen, daß die katholischen Arbeiter gegen eine Extravergrößerung zu haben sind? Herr Stöckel ist ja Mitglied des Reichstages, warum verfaßt er nicht selbst einen Antrag auf Einführung eines Normalarbeitstages? Warum da bitten, wo man ein Recht hat zu fordern? Will er die Arbeiter glauben machen, Bismarck vermöge Wunderdinge zu zeigen, daß er — Bismarck — das Beste wolle, und nur der böse Reichstag nicht? Wir verstehen eine solche Diplomatie nicht und haben für dieselbe nur die Frage aus Figaro's Hochzeit: Wen betrügt man hier?

Bedauerlich ist es, daß sich in der von 3000 Bergleuten besuchten Versammlung nicht eine Stimme gefunden hat, welche den Arbeitern klar gemacht hätte, daß sie mit einer solchen Petition auf dem falschen Wege sind, daß eine solche Sprache unabhängig denkender Arbeiter nicht würdig ist. Bedauerlich ist es und zugleich eine Mahnung. Eine Mahnung für die Sozialdemokratie, von dem Wahne abzulassen, den Einzelne in unseren Reihen noch immer hegen und pflegen, als hände Alles in Deutschland vorzüglich für uns und brauchen wir nur die Hände in den Schooß zu legen und zuzusehen, wie sich die heutige Gesellschaft von selbst abwickelt. Wohl arbeiten die Verhältnisse uns vorzüglich in die Hände, aber wir müssen gerade deshalb um so eifriger selbst die Hände rühren, müssen eine um so rührigere Agitation entfalten, dürfen den günstigen Moment nicht unbenutzt vorübergehen lassen, die Arbeiter vor Verführung zu bewahren. Jede Unterlassungsünde unserer Partei hat sich nur bitter gerächt.

Was sollte das Sozialistengesetz, was versprochen sich seine Schöpfer von ihm? Es sollte erstens die aufsteigende Art unserer Agitation verhindern und zweitens die Weiterausbreitung derselben einen Damm entgegensetzen. Nun, wenn wir uns im Bewußtsein unserer guten Sache auf's Ohr legen und anderen Elementen das Feld räumen, dann haben unsere Feinde jaß Das erreicht, was sie wollten. Mehr verlangten, mehr erhofften sie gar nicht. Einst galt die Sozialdemokratie als das Muster der politischen Mäßigkeit, unsere Feinde haben von uns gelernt, hüten wir uns, in ihre Fehler zu verfallen, uns im Siegesbewußtsein zu berauschen und über dem Erreichten das noch zu Erklämpfende zu verweisen. Wie sind die Letzten, welche die 12 Reichstagsgehige, die wir trotz aller Verfolgungen unserer Partei errungen haben, gering schätzen, aber wenn unsere Wahlsiege die Wirkung haben sollten, daß Alles, was nicht direkte Wahlagitacion ist, als überflüssig verworfen wird, dann mag sie der Teufel holen, dann wäre sie in der That der Anfang vom Ende.

Aber glücklicherweise ist das nicht zu befürchten. Die Kölner Korrespondenz in unserer heutigen Nummer ist uns aus der Seele geschrieben. Es ist ein Märchen, daß der Ultramontanismus eine Beschwörungsformel gegen den Sozialismus habe. Er hat ihm nur einige Waffen entlehnt und diese zur Zeit des Kulturkampfes im Feuer der Opposition geschliffen. Heute aber, wo der Kulturkampf dem Kulturfrieden weicht, heute verlernen auch jene Waffen ihre Kraft, und die Offener Petition zeigt uns, wo wir den Gegner zu packen haben. Es wird eine Leichtigkeit sein, die Arbeiter zu überzeugen, daß Führer, die ihnen derartige Dinge empfehlen, nicht die Männer sind, von denen sie ihre soziale Befreiung zu erwarten haben, daß eine solche Denkweise, wie sie diese Petition athmet, im höchsten Grade verderblich ist für die Arbeiterklasse. An das Klassenbewußtsein gilt es zu appellieren, und an der Hand der Statistik den Arbeitern zu zeigen, daß die neudeutsche Wirtschaftspolitik und alle die arbeiterfreundlichen Projekte, von welchen in der Jetztzeit so viel Geschrei gemacht wird, in Wirklichkeit arbeiterfeindliche sind, ihnen theils keinen Nutzen, theils direkten Schaden bringen, insgesammt aber den Zweck haben, die Aufmerksamkeit der Arbeiter von der Haupt- und Lebensfrage, der Aufhebung der Lohnsklaverei, abzulenken. Und zu diesem Nachweise unseren agitierenden Genossen ein immer reichhaltigeres Material zu sammeln, muß für die nächste Zeit die Hauptaufgabe des „Sozialdemokrat“ sein.

An diese Pflicht mahnt uns die obige Petition. P. o.

Sozialpolitische Rundschau.

Jülich, 4. Januar 1882.

— Protestantischer Jesuitismus. Welch geringes Vertrauen die Pfaffen zu der Güte ihrer Sache haben, geht am besten aus dem kanonischen Eifer hervor, mit welchem sie an dem religiösen Eide in bürgerlichen- und Staats-Angelegenheiten festhalten. Lieber zwingen sie die Menschen, einen Eiden zu beschwören, den sie nicht besitzen, als daß sie sich damit begnügen, ihren religiösen Formelkram auf ihre kirchlichen Angelegenheiten zu beschränken. Das ganze Werk von der „Wiederherstellung des christlichen Staates“ hat keinen anderen Zweck, als die Pfaffen da wieder auf Unwegen zur Herrschaft zu bringen, wo sie das Vertrauen des Volkes eingebüßt haben. Das „praktische Christenthum“, der „christliche Sozialismus“ ist das Anhängelschild, Pfaffenherrschaft das wirkliche Ziel.

*) Wir halten es für geboten, hier ausdrücklich zu konstatieren, daß wir damit nicht jede Petitionsbewegung verwerfen wollen. Es kommt lediglich auf den Charakter an den dieselbe trägt.

Zu diesen Ausführungen veranlaßt uns ein Artikel in Nr. 2 von Stöcker's Reichsbote, „Religiöser Eid und bürgerliche Rechtspflicht“ betitelt. Ein schamloserer Jesuitismus ist uns noch nicht vorgekommen. Man lese nur folgenden Satz: „Die Obrigkeit befehlt nicht, daß Gott sei oder daß man an ihn glaube und ihn bekenne, sondern sie wünscht nur beim Eide, daß dies geschehe, um auf Grund dieser religiösen Eide den Gesetzen Ansehen zu verschaffen, um durch sie die bürgerliche Ordnung, Sittlichkeit, Vaterlandsliebe, Treue und Wahrhaftigkeit zu befördern; sie wendet hier keinen Gewissenszwang, kein Gebot an, aber sie hat ihre Gründe, im Eide, dessen wesentliches Moment der Gottesglaube ist, diesen Gottesglauben als Bedingung gewisser Rechte zu fordern, indem sie von der Ansicht ausgeht, daß ein glänzlicher Unglaube für Staat und Sittlichkeit höchst verderblich sein würde: sie bewilligt daher, nur Scheinbar im Widerspruch mit dem Art. 12 der Verfassung, nur einem Bürger, der sich zu dem Glauben an Gott bekennt, gewisse Rechte, Ämter und Vorrechte.“

Und doch „kein Gewissenszwang“. Es kommt aber noch besser: „Wenn jemand, der jeden Gottesglauben leugnet, erklärt, daß er den Eid in der vorgeschriebenen religiösen Form doch leisten wolle, so liegt in dieser Erklärung nur das gottestätterliche Bekenntniß der persönlichen Unwahrhaftigkeit und Unaufrichtigkeit, und dürfte er deshalb, um nicht durch grobe Unwahrheiten, Meistrefervationen“) und Heuchelei den Zweck des Schwörens ganz zu vereiteln, gar nicht zum Eide zugelassen werden, sondern müßte als eidesunfähig (eideschwärzer im Prozeß) und damit, weil er nicht als zuverlässiges Glied der Staatsgesellschaft angesehen werden kann, geradezu als nicht völlig rechtsfähig betrachtet werden.“

Und der ganze Saft läuft auf die „christliche“ Forderung hinaus: „Wer erklärt, keine Religion zu haben, kann nicht als ein zuverlässiges Glied des Staates betrachtet werden und muß sich daher auch den Verlust gewisser bürgerlicher Rechte gefallen lassen.“ Auf gut Deutsch heißt das: Atheisten, Materialisten, kurz Alles, was nicht an die Lehren von Stöcker und Konforten glaubt, wird zu Staatsbürgern zweiter Klasse degradiert, politisch und bürgerlich rechtlos erklärt. Und das Alles „kein Gewissenszwang!“ Wahrhaftig, bei jeder Gelegenheit dokamentiren diese Ehrenmänner, wie Recht Friedrich II. mit seinem Ausspruch hatte: Von allen Jesuiten sind die protestantischen die schlimmsten.

— Bismarck's rechte Hand, Herr Lothar Bucher ist nach Kanossa, pardon! — nach Rom abgereist, um mit der römischen Kurie wegen des Kulturfriedens weiter zu unterhandeln, da die Zentrumskraktion heillose Angst davor hat, das Schicksal des Nationalliberalismus zu theilen und offiziös zu werden; in der Opposition befand sie sich natürlich weit besser. Sie sperrt sich deshalb nach Kräften dagegen, auf Bismarck's Vorkurs hinzuzufallen — der „Reinigungsanstalt“ mit den Wählern“, von dem die „Norddeutsche“ sich soviel versprach, scheint das entgegen-gesetzte Resultat gehabt zu haben — und ohne das Zentrum kann der große Kanzler nicht regieren. Daher abwechselnd bald ingrinniges Schmeicheln, bald ängstliches Drohen, ein ewiges Hin und Her, welches der politischen Kammerjocherei Thür und Thor öffnet. Uns kann die ganze Diplomatieerei ziemlich egal sein, wie wir auch dem sogenannten Kulturkampf mit größter Seelenruhe zusahen. Der heutige Polizei- und Bourgeoisstaat kann ohne die himmlische Gensdarmerei nicht auskommen. Das wußten wir längst.

— Immer ergößlicher gestaltet sich die Diskussion der Frage: „Ist die Fortschrittspartei republikanisch oder führen wenigstens ihre Grundsätze zum Republikanismus?“ Bisher hatte sich lediglich die offiziöse Presse das Vergnügen gemacht, diesen „schweren Vorwurf“ gegen die Herren Birchow, Hanel, Richter und Konforten zu erheben, neuerdings ist aber derselben sehr zu ihrem Leidwesen „Freund“ Sonnenmann in der „Frankfurter Zig.“ in den Rücken gefallen und ruft ihnen muthig entgegen: „Wozu das Jieren, Freunde, macht es doch wie ich und sagt, daß ihr theoretisch die Republik für etwas ganz Gutes hält, aber in der Praxis euch auch mit der Monarchie ganz gut abzufinden wißt! Mit solcher Erklärung kommt man durch Dick und Dünn, und in Wahrheit ist uns das Königthum ja doch nur Mittel zum Zweck!“ Aber selbst dieser unabhällige Republikanismus ist den Fortschrittshelben ein Geduel, und mit dem ganzen Aufwand sittlicher Entrüstung, der ihnen zu Gebote steht, — Entrüstung ist bekanntlich ihre Spezialität — füttern sie sich jetzt auf den unabweisbaren Freund, der ihnen so Entsetzliches andichtet. Namentlich der große „Staatsmann“ Hanel weist solche Bestimmungen mit „Abscheu“ von sich, denn er brennt schon auf den Tag, da seine Majestät, Friedrich Wilhelm V. von Preußen, ihn als Mann seines Vertrauens in das Ministerium berufen wird, und ein Hohenzoller'scher Minister mit republikanischen Neigungen, das geht absolut nicht. Deshalb wird das Doppelspiel mit allen möglichen Wieder-vererkungen fortgesetzt; der Schlangentanz, der sich vor einigen Jahren in Deutschland bewundern ließ, ist eine Hochspanne dagegen.

Über die allerneueste Auszeichnung, welche Wilhelm dem Puttkamer angeheben ließ, gehen die Helden des Fortschritts mit ingrinnigem Still-schweigen hinweg, man merkt es ihnen ordentlich an, wie wüthend sie die Faust ballen — in der Tasche. Sagt man den Schwärmern für den „liberalen“ Kronprinzen aber, daß sie auf den Thronwechsel rechnen, so geraten sie auf's Neue in Erstaun, und sprich! empörend! schamlos! so zeteren der ganze Chorus über den unglückseligen Potsdamer Lohren, der im Reichstag jüngst mit dieser Bemerkung herausging. Aber was wollt Ihr denn eigentlich, liebe Herren, warum denn der Jubel, daß der Kronprinz dem „liberalen“ Oberpräsidenten von Horn deutsche Beweise seines Vertrauens gegeben? Wenn „unser Fritz“ wirklich so „liberal“ ist, wie ihr ihn ausföhrt, warum denn nicht offen eingestehen, daß ihr den Tag nicht erwarten könnt, wo er und mit ihm eure Freunde, die Dynastie Eulenburg, aus Ruder kommen? Diese Angst, daß man ihnen anmerke, was sie bei jeder Gelegenheit selbst zu verstehen geben, ist wirklich un-komisch. Und zugleich verächtlich.

— Ein Landesverrätther auf der Ministerbank. Die Furcht vor der Sozialdemokratie hat unsere Gegner schon so aller Fassang beraubt, daß sie ihr Heiligstes, den Thron und die Monarchie, wegzuwerfen bereit sind, nur um der gerechten Wache des betrogenen Volkes zu entgehen. Und nicht nur Spieghelträger und die Nachtreter der politischen Polizei nehmen diesen Standpunkt ein; es war ein Bevollmächtigter der sächsischen Monarchie, ein Minister des Königs von Sachsen, welcher in amtlicher Eigenschaft im Reichstage erklärte: Der atheitisch-sozialdemokratische Republik ziele er die Annexion vor. Diese Alternative, vor welche der Minister sich selbst stellte, beweist, daß unsere „Staatsmänner“ an die Fortdauer ihrer Herrschaft selbst nicht mehr glauben und ein Ende mit Schrecken befüchten. Sie wissen, daß das Volk, soweit es überhaupt zu politischem Denken erwacht ist, sozialdemokratisch denkt, und daß im gegebenen Falle sich für die Monarchie keine Hand rühren würde. Sie schauen nach Rettung aus und da verfällt der erste Diener eines Monarchen auf die Annexion, d. h. auf den Umsturz des Thrones und Vernichtung der Verfassung des Landes, als dessen Regierungsvorretter er fungiert. Die Ausführung dieses Umsturzes könnte nur freiwillig dem Volke sehr gleichgültig sein, denn das in seiner Majorität sozialdemokratisch gesinnte sächsische Volk würde obaidies durch Einfüh-

*) Immer Vorbehalt. Eine Meistrefervation, reservatio mentalis, ist es z. B., wenn Stöcker in Jülich seinen „christlichen Sozialismus“ mit der Republik für verträglich erklärt, um ihn in Berlin als nur durch das „soziale Königthum“ der Hohenzollern durchführbar zu erklären. Oder wenn er vor Arbeitern gegen die moderne Kapitalherrschaft eifert, mit dem inneren Vorbehalt, daß er das nur thut, um die moderne Kapitalherrschaft gegenüber den Angriffen der Sozialdemokratie zu schützen.

ung des Sozialistengesetzes unter Zustimmung der sächsischen Regierung an die Reichsbürokratie verrathen und verkauft, und die sächsischen Behörden übertrafen bei Ausführung des gemeingewöhnlichen Gesetzes vom 21. Juli an Kohheit und Feindschaft bei Weitem die preussischen Polizeibehörden. Es kann nun den Sachsen gleichgültig sein, ob der kleinen heimischen Paischa-wirtschaft durch die preussische Säbelherrschaft, der Sachsen nebenbei schon sehr mitunterliegt, ein Ende gemacht wird, der Wechsel wäre sogar vortheilhaft, denn es brauchte dann ein Heer von latinsarischen Christen nicht ferner aus allgemeinen Mitteln ernährt zu werden — aber daß ein Minister diesen Umsturz anregt, daß er gerade seine Hand nach der Krone ausstreckt, daß er die Vernichtung der selbstständigen Landesverfassung des Bundesstaates, dem er dienen sollte, in Aussicht stellt, das ist doch mehr, als selbst der hochste Republikaner verlangen konnte. Wie haben die sächsischen Partikularisten über Landesverrath gesprochen, als Professor Biedermann 1866 mit einer Anzahl national-liberaler Biedermänner die Annexion Sachsens als wünschenswerth proklamirte! Und nun wird von dem Vertreter der sächsischen Regierung amtlich im Reichstage derselbe Landesverrath geübt, wird das Todesurtheil der sächsischen Monarchie offiziell unterzeichnet, und der sächsische Premierminister, Hermann von Rositz-Wallwitz, welcher kürzlich im Landtage noch so schöne haatsverhaltende Lehren desklamirte, reicht den Berliner Annexionisten auf dem Präsentirteller sein Vaterland zum Verschlingen dar. Es wäre unkomisch, wenn das Dargebotene angenommen würde, wenn die sächsischen Minister und Kreispatasch den ausgewiesenen Sozialdemokraten in die Verbannung nachfolgen müßten, um preussischen Landräthen Platz zu machen. Aber die Hoffnung des landesverrättherischen Ministers, daß durch diesen Umsturz mittelst Annexion wenigstens dem Siege der Sozialdemokratie vorgebeugt wäre, ist eine Wahn. Wie der Umsturz von 1866, das Fortjagen des „auch legitimen“ Königs von Hannover etc., zur Verächtlichmachung des monarchischen Prinzips unendlich viel beigetragen, so würde auch die Annexion Sachsens denselben Zweck haben und in ihren Wirkungen sich an der Zentralstelle für Annexion selbst äußern, ja schon die Anregung dieser Eventualität durch einen Vertreter der Monarchie hat die gleiche Wirkung. Das Volk sieht, Alles, was diese Leute von Heiligkeit des Thrones, des Vaterlandes und der Religion desklamirten, ist Fiktion, der Geldsack, nur der Geldsack ist ihnen heilig. Wenn die Sozialdemokratie und damit die Befreiung der heutigen Eigentumsordnung in Frage kommt, da haben sie nur einen Gedanken: ihr unrecht Gut zu sichern, da werfen sie Thron und Vaterland, Gott und König weg, um nur den Geldsack zu retten. Dies ist die Moral der Erklärung des sächsischen Ministers im Reichstage, sie ist gleichzeitig eine Entlarvung der herrschenden Kreise und ganz besonders geeignet, zur Aufklärung immer weiterer Volkskreise zu dienen.

— Ein echter „Staatsverrätther“. Aus Elberfeld schreibt man uns: Unser Staatsanwalt Uhles hat nicht genug an den Vorbeeren, die er sich seinerzeit in der Hasselmannsaffäre erworben! er legt es darauf an, der ganzen deutschen Welt zu beweisen, daß ein öffentlicher Ankläger weder Rechtsgefühl noch Rechtskenntniß, sondern nur eine gute Dofse Feindschaft zu besitzen braucht. Den verächtlichen Prozeß „In Sachen Hillmann und Genossen“, der seit Jahr und Tag schwebt und laut eigenem Geständniß des Untersuchungsrichters freies lediglich auf die Aussage eines bezahlten Polizeispiegels begründet ist, hat er glücklich eingeleitet und so weit gefördert, daß jetzt der zusammengeschiedene Berg Alten eine Rundreise durch Deutschland machen muß. Herr Uhles möchte nämlich gar zu gern alle wirklichen und vermeintlichen Teilnehmer des Weydener Kongresses auf Grund der §§ 128 und 129 des Strafgesetzbuches ins Loch spediren lassen. Daher seinerzeit die Haus-suchungen in Dresden, Leipzig, Jülich, Albernberg, Stuttgart etc. Der Spigel nun — das ist das Ergößlichste bei der Sache — da wohl läuten hören, weiß aber nicht, wo die Glocken hängen, und so miß sich Herr Uhles mit seinem Strafprozeß nichts holen, als eine grandiose Konfessionslampe. Mit seinem Antrage, verschiedene der von ihm Beschuldigten in Untersuchungshaft zu nehmen, ist er beim Instruktions-richter, dem die Sache doch zu dünn wurde, gründlich abgelehnt.

Jetzt sucht er seine Resonanz auf einem neuen Gebiet, mit nicht viel mehr Glück. Wegen eine Anzahl Arbeiter, die Wahlflugblätter austragen und dabei von der Polizei erwischt wurden, hat er Untersuchung eingeleitet, wobei die eine Serie bloß wegen § 16 des Str.-G.-B., die andere wegen gleichen Vergehens, wegen Aufreizung, Verleumdung des Prinzen Wilhelm, Verbreitung falscher Thatsachen, angeklagt werden sollte. Diesmal hatte Uhles bei der Anklagehammer Pech. Paragraph 16 ist nämlich der Sammelparagraph und sollte angewendet werden, weil am Schlusse der Flugblätter angefordert war, Weider für die Wahl zu sammeln. In den Augen eines Uhles ist das selbstredend ein Verbrechen. Darum eine Anzahl von Vorladungen und Befehlen, schließlich Antrag auf Eröffnung des Strafverfahrens. Die Strafkammer indeß wollte erst feststellen, ob in unserem Wahlkreise diese Sammlung verboten gewesen sei und zur Verblüffung des übercirigen Staatsanwaltes zeigte sich, daß dies nicht der Fall gewesen. Selbstredend zerfiel damit das Gebäude haatsanwaltlicher Rechtskunde. Auch den größten Theil der sonstigen Uhles'schen Anklagepunkte gegen die Serie Zwei wies die Anklagekammer als unbegründet zurück. Die Heiligen dieses Demagogens sind haarskräbend; doch bleibt er ruhig im Amte, weil solche Heihunde für das System der modernen „Ordnung“ unentbehrlich sind.

— Daß der Aufschwung in der Montanindustrie, wie wir in unserem zweiten Artikel sagten, nicht national, sondern international ist, dafür liefert jeder Tag neue Beweise. Die Zahlen Reumann Spallart's beziehen sich auf das Jahr 1880, aber die Berichte, welche aus dem unannehmer abgelaufenen Jahre 1881 vorliegen, weisen kein anderes Bild auf. Die österreichische Eisenindustrie, schreibt der „Frankfurter Zig.“ ihr sachverständiger Korrespondent, „hatte zu Beginn des Jahres 1881 gewiß nicht erwartet, daß der Schlus dieses nun verfloßenen Jahres sie in einer so ausgezeichneten Lage antreffen würde, wie dies derzeit wirklich der Fall ist.“ Und in Bezug auf die Kohlenindustrie Oesterreich's wird zwar über den schlechten Abfall von Haus Kohlen geklagt — theils eine Folge des relativ milden Winters, theils ein Zeichen der schlechten sozialen Verhältnisse — dagegen „ist der Konsum an Industriekohle ein regelmäßiger und guter.“ Aus den Berichten des „Labour Standard“, des Organes der englischen Gewerkschaften, geht hervor, daß in der Kohlen- und Eisenbranche nicht nur die Produktion sich fortwährend hebt, sondern daß auch die betr. Arbeiter diese günstige Lage wahrzunehmen wissen. „Der letzte Bericht der Gesellschaft der Eisengießer ist der ermutigendste, den sie seit Jahren veröffentlichten konnte.“ „Der Stand der Industrie im Norden ist zufriedenstellend, die Kohlen- und Eisenindustrie geht flott.“ „Die Bergleute in den Werken um Barnsley verlangen eine höheren Kohlenpreisen und der besseren Lage der Industrie angemessene Lohnerhöhung.“ „Die Bergleute in den Kohlengruben von Süd-Yorkshire verlangen Lohnerhöhung.“ (Alles dies aus Nr. 31 vom 8. Dezember 1881.)

Die Maschinenbauer in Yorkshires und im Norden, welche vor drei Jahren auf mehr oder weniger größere Lohnereduktionen eingehen mußten, erhalten diese Reduktionen allmählig zurück.“ (In Nr. 35 vom 31. Dezember 1881.) Solche und ähnliche Notizen finden wir in jeder Nummer des genannten Blattes. Und man beachte wohl, die Lohnerhöhungen, welche sich die englischen Arbeiter jetzt erringen, sind wirkliche, denn ihnen sind nicht durch Getreidehöhe und durch Erhöhung der indirekten Steuern die Lebensmittel vertheuert worden, wie es in Deutschland der Fall ist. Was hat somit das schuppeligerische Deutschland vor dem reichthümlichen England voraus, und worin besteht in Wahrheit der Dis-

marische „Schutz der nationalen Arbeit“? Die Antwort lautet, daß derselbe eine kleine Gruppe von Befähigten bereichert, einem Theile der Arbeiter nichts nützt, der großen Masse aber enorm schadet. Und wer das den Arbeitern verschweigt, oder ihnen gar Anderes sagt, ist ihr Feind.

— **Kelame für Gambetta.** In demselben Augenblick, wo der ehemalige Volkstribun sich mit jedem Tage deutlicher als herrschsüchtiger Intrigant herausstellt, die höchsten und einflussreichsten Stellen an notorische Gegner des Republikanismus verleiht, das Oberkommando der Armee einem Miribel und Gallist ausliefert, wo der „Arbeiterfreund“ von 1869/70 heute den Vertreter des Gard-Departements, der für die Arbeiter seines Bezirkes nur dasselbe forderte, was Gambetta einst vom Kaiserreich verlangt hatte, nicht einmal eine Kundiz bewilligt, hält es die „Frankfurter Zeitung“ für zweckmäßig, einer schamlosen Kelame für diesen gewissenlosen Abenteuerer Thür und Thor zu öffnen. Ein Individuum, welches sich eh. zeichnet, leistet in dem „demokratisch-republikanischen“ Blatte u. A. folgenden Panegyrikus:

Soweit ein Urtheil bis jetzt möglich ist, hat der Staatsmann Gambetta nur uneingeschränktes Lob verdient. Die verbindliche Art seines Auftretens im Senat, der ihm auch darum bei aller Feindseligkeit eine sehr günstige Aufnahme bereite, hat dargelegt, daß der ehemalige Tribun sehr wohl zwischen Belleville und dem Palais de Luxembourg zu unterscheiden versteht. Seine Entscheidung, die er in der Sache Roustan-Rochefort getroffen hat, beweist des Weiteren, daß ihm Klugheit wie Energie in gleichem Maße zu eigen sind. Ich sage Klugheit, weil ich weiß, daß der Beschluß, Roustan auf seinen alten Posten nach Tunis juristisch zu stellen, an so manchen Orten ein großes Lamento hervorrufen. Die so thun, reden gewaltig in's Blaue; sie überlassen sich so sehr ihren Gefühlen, daß sie darüber den Kopf verlieren. Von zwölf Pariser Geschworenen haben acht Philister den großen Probereisenden in Verleumdungsartikeln, Herrn Rochefort, freigesprochen — warum? Das wissen außer ihnen nur noch ihre Wöther, sofern sie solche haben.

Kann man sich eine größere Nichtswürdigkeit denken? Die Doppelzüngigkeit des Mannes, der vor den Herren Senatoren eine ganz andere Sprache führt, als vor den Wählern von Belleville, wird als ein Akt höchster politischer Weisheit gepriesen. Die Freisprechung Rochefort's, der sich, was man auch sonst von ihm denken mag, um die Erziehung der Schanwirthschaft in Tunis, um die Bekämpfung des von Gambetta gehänselten Chauvinismus ein wesentliches Verdienst erworben hat, als ein Akt vorurtheiliger Philisterei beschimpft. Und die Redaktion der „Frankf. Ztg.“, die sich auf ihre Unabhängigkeit so viel zu Gute thut, hat nicht einmal ein bescheidenes Wort des Zweifels dafür. Es kommt aber noch besser. Am Schlusse des Artikels heißt es dann über die Thatfache, daß Gambetta durch die Verbeistaltung Roustan's als Generalkonsul in Tunis die Spannung zwischen Frankreich und Italien verschärft, den Radikalen einen Fußtritt gegeben hat, schlankweg:

„Herr Roustan, von Neuem in Tunis, wird dem Faß den Boden vollends ausschlagen; aber der französische Staatsmann hatte hierbei zwischen zwei Uebeln zu wählen, und er hat weise und einsichtig genug sich für das Kleinere entschieden. Italien liegt jenseits der Alpen, aber der Radikalismus steht vor den Thoren; vor ihm auch nur einen Schritt zurückweichen, ihm gegenüber auch nur einen Augenblick in einem Anfall von Schwäche erscheinen, und er rückt vor!“

Der Radikalismus als die Gefahr, der zu entgehen, man es lieber auf einen Krieg antommen lassen dürfe — das in der „Frankfurter Zeitung“! Und da sage man noch, daß Gambetta es nicht vortrefflich versteht, Reptilien zu jähnen!

— **Roch bei jeder Nachwahl** äußert sich die glänzende Wirkung unserer Wahldemonstration vom 27. Oktober v. J. durch eine Steigerung der sozialistischen Stimmen. Reuechings hatten wir bei den Nachwahlen in Jserlohn und Lützenwalde 500 bis 600 Wähler Zuwachs zu verzeichnen; im 2. Braunschweigischen Wahlkreise, wo bei der Hauptwahl fast gar keine Stimmen für uns abgegeben waren, erhielt bei der letzten stattgehabten Nachwahl Genosse Vebel über 600 Stimmen. Das ist freilich noch lange nicht die Stimmenzahl, die wir in jenem Kreise früher erreicht hatten, aber es zeigt doch ein kräftiges Wiedererwachen der sozialistischen Agitation. Und das begrüßen wir mit Freuden.

— **Sozialistische Presse.** Der wackere Pionier des sozialistischen Gedankens in Brandenburg, der von Genosse Conzert in Charl. herausgegebene „Volkstribun“ erscheint seit dem 1. Januar täglich. Wir rufen ihm ein herzliches Glückwunsch zu. Aus Budapest erhalten wir die erste Nummer des „Sozialist“. Derselbe erscheint monatlich einmal und vertritt den Standpunkt der Londoner „Sozialrevolutionäre“. Schon die erste Nummer enthält sehr heftige Angriffe gegen die „Arbeiter-Wochenzeitung“.

— **Aus Oesterreich.** Bismarck will, um seine Arbeiterfreundlichkeit zu dokumentiren, eine Verursachung veranlassen. Wie müßten noch eine andere Statistik, aus der seine Arbeiterfreundlichkeit noch glänzender erhellen würde, eine solche, wie sie unser Vorkämpfer, der „Arbeiterfreund“ in Reichenberg, für Oesterreich angeheißt hat: eine Statistik der Verfolgungen und Verurtheilungen.

Ans einer solchen Statistik sieht man am deutlichsten, mit welchem Eifer an der Lösung der sozialen Frage gearbeitet wird. Die Mittel des statistischen Büreaus des „Arbeiterfreund“ sind beschränkt, eine Statistik der Hausarresten des letzten Jahres zu geben, ist ihm daher unmöglich, denn diese betreffen sich auf viele Hunderte. Leichter wird es ihm, die aufgelösten Versammlungen zu zählen, da in Nordböhmen während des Jahres 1881 überhaupt nur zehn Versammlungen gestattet wurden, von denen vier das Schicksal der Auflösung erlitten.

An Konstatationen war besonders das zweite Semester 1881 reich. Vom „Arbeiterfreund“ wurden während desselben konstatirt, die Nummern 16 (zweimal), 17, 20, 21, 22, 23 und 24. Wo solche „Objektivität“ die Regel ist, sind Ausnahmesege höchst überflüssig. Erörtern Sie nicht ob Ihrer Stimpfbarkeit, Erstellen Bismarck?

Auch die Verurtheilungen lassen nichts zu wünschen übrig. Die Summe derselben betrug für Oesterreich-Ungarn nicht weniger als 13 Jahre 1 Monat 4 Tage Haft, darunter 6 Jahre 21 Tage Arrest, 1 Jahr 6 Monate Staatsgefängniß und 5 Jahre 6 Monate und 14 Tage Kerker.

Nicht minder reich ist die Untersuchungsstatistik der Verurtheilungen und solcher, welche man bloß zum Plaisir eingesperrt hatte, und die man wieder laufen lassen mußte. Die Gesamtanzahl derselben ist so groß, daß es auch hier die Mittel des statistischen Büreaus des „Arbeiterfreund“ übersteigt, sie genau anzugeben. Nach einem Ueberschlag haben wir gefunden, daß die Gesamtanzahl der „schuldigen“ Genossen in Oesterreich 1881 mindestens ebensoviel betrug als die Gesamtsumme der in den Verurtheilungen ausgesprochenen Strafen.

Wie gut dreißig die Gerichtsblattnote auf die Untersuchungsstatistik, erfährt man aus dem charakteristischen Fall des Genossen Verlorning in Salzburg, der am 21. April verhaftet, des Hochverraths angeklagt, von den Geschworenen freigesprochen, trotzdem aber nicht in Freiheit gesetzt wurde. Denn dem Herrn Staatsanwalt betriehe es, eine Nichtigkeitsbeschwerde einzureichen. Erst als diese vom obersten Gerichtshof verworfen wurde, weil sie vollständig un-

begründet war, wurde Verlorning freigelassen — Ende Oktober. Fast ein halbes Jahr lang hatte man ihn ohne jeden Grund, ja, trotz der Freisprechung, in Haft gehalten.

Das ist der „friedliche und gesetzliche Weg“, auf dem man den „berechtigten Forderungen“ der Arbeiter entgegenkommt! Wahrlich, es ist uns unbegreiflich, wie Angesichts solcher Schurkereien denkende Männer noch an eine friedliche Lösung der sozialen Frage glauben können.

Unzählige Male haben wir erklärt, daß wir friedliche, gesetzliche Reformen wünschen und jedes Mal war die Antwort darauf ein Faustschlag ins Gesicht des Proletariats. Heute noch wünschen wir sie, aber wir glauben nicht mehr daran.

Nicht unsere wirtschaftlichen Theorien an sich sind es, welche darthun, wie unvermeidlich die gewaltsame Revolution ist, sondern die Thaten unserer Gegner. Weil wir diese Thaten nicht verschweigen, sondern genau verzeichnen, weil wir sie nicht beschönigen, sondern so darstellen, wie sie sind, darum wirkt unsere Thätigkeit aufreizend, darum ist sie eine Gefahr für die „Arbeiterfreundlichkeit“ Bismarck's und seiner Helfershelfer, denn sie ist verächtlich.

Diese Statistik fortzuführen ist unsere Pflicht und unser Recht. Wir werden nicht eher aufhören, unsere Gegner Schurken zu nennen, als bis sie aufhören, Schurkereien zu begehen.

— **Aus Frankreich.** Die Truppen der „Republik“ haben ihre Schuldigkeit gethan, sie haben die Arbeiter eingeschüchtert, und die Unternehmer in ihrem hochmüthigen Verfahren bestärkt: der Streik von Grand Combe ist zu Ende. Von ca. 4000 Streikenden sind nur noch ca. 300—400, welche in das alte Fach nicht zurückkehren wollen, außerdem entläßt die Direktion noch täglich Arbeiter, von denen sie hinterher ermittelt, daß sie sich irgendwie thätig oder energisch gezeigt, mit einem Wort, daß sie nicht ganz verflaut sind.

Es ist beinahe unsahbar, daß ein Streik, der auf so allgemeine Sympathien stieß, so schnell verloren gehen konnte; indeß darf man nicht vergessen, daß es zum ersten Male ist, daß sich in diesem Grubendistrikt die Arbeiter gegen die Ausbeuter erheben. Die dortige Bevölkerung stand bisher vollkommen unter dem Einfluß der Geistlichkeit, und zeichnete sich durch religiösen Fanatismus aus, es war daher schon viel, daß die Arbeiter die Pfaffen, als diese sie „besänftigen“ wollten, mit Hohn heimlichelten. Jetzt haben sie sich schigt, aber nur der Gewalt, im ganzen Distrikte führt es, und im selben Augenblicke, wo der Streik von Grand Combe zu Ende ist, senden die Arbeiter der benachbarten Werke von Besseges eine Zuschrift an ihre Herren, in welcher sie Erhöhung des Lohnes, Abkürzung der Arbeitszeit auf 8 Stunden und Abschaffung verschiedener Mißbräuche verlangen. Sektionen der Arbeiterpartei sind an verschiedenen Orten des Distrikts im Entstehen begriffen.

In Nimes, der Hauptstadt des Departements Gard, streiken die Postanarbeiter; sie verlangen Wiederherstellung des Tarifes vom Jahre 1878. In Voreau verlangen die Juckerbäder und Eiszubereiter eine Herabsetzung der Arbeitszeit auf 14 Stunden im Winter und 13 im Sommer, aber selbst für diese bescheidenen Forderungen müßten sie erst die Arbeit einstellen. Der Streik der Pianoforte- und Orgelarbeiter von Paris ist fast beendet: von 52 Geschäften haben bereits 40 die Forderungen der Arbeiter bewilligt. Unter dem Duzend Nichtbewilligern befindet sich auch — eine Produktionsgenossenschaft. Die ehemaligen Arbeiter haben die Bourgeoisgegnung schnell angenommen.

In Vreth hat die sozialistische Arbeiterpartei bei der Wahl des Gewerbegerichtes einen glänzenden Sieg davongetragen; ihre Liste drang vom Anfang bis zu Ende durch. Um gegen die alberne Vorschrift, daß die Mitglieder des Gewerbegerichtes über 30 Jahre alt sein müssen, während man bereits mit 25 Jahren Mitglied der Deputirtenkammer sein kann, zu protestiren, hatten die Sozialisten obendrein unter 30 Jahre alten Arbeiter als ersten auf ihre Liste gesetzt, dessen Wahl jetzt allerdings für ungültig erklärt werden wird.

— **Innerhalb der sozialistischen Arbeiterpartei** ist, wie wir zu unserm Bedauern konstatiren müssen, ein Konflikt ausgebrochen, der bereits in den Blättern „Egalité“ und „Proletaire“ deutlich zum Ausdruck kommt. Wie stehen den Verhältnissen zu fern, um ein maßgebendes Urtheil darüber abgeben zu können, auf welcher Seite die größte Schuld an dieser Spaltung liegt, und ob dieselbe nicht hätte vermieden werden können. Fehler scheinen uns auf beiden Seiten gemacht worden zu sein.

— **Aus Polen.** Die Judenhege in Warschau anlässlich des Tummles in der Kreuzstraße, von der unsere Leser schon durch die Tageszeitungen unterrichtet sein werden, hat wieder einmal gezeigt, mit welcher raffinierten Niedertracht die Beamten des Jaren für die „Ordnung“ arbeiten.

Nachdem die Polizei auf höheren Befehl der Hege ruhig zugehört, sie sogar noch befördert hat, werden nachträglich in unerhödeter Weise Verhaftungen vorgenommen. Wer aber kann jetzt unterscheiden, in wie weit die Einzelnen der ca. 3000 Verhafteten an den Schreckensszenen vom 25. Dezember theilhaftig, wie viele von ihnen den russischen Schergen längst mißthätig und „verdächtig“ waren und nun bei dieser schönen Gelegenheit, wo die Russen als höhere Friedensstifter erscheinen, als „gute Preise“ bei Seite geschafft, unthätig gemacht werden? Die Nachricht, daß man bei mehreren der Verhafteten den Tschorny Beredjet gefunden, läßt ein solches Vorgehen mehr als wahrscheinlich erscheinen. Wie bei allen Judenhegen, so sind es auch diesmal vorzugsweise die ärmeren Juden gewesen, gegen welche die Rache der vorhegten Elemente der Bevölkerung sich gewendet hat.

— **Aus Rußland.** Das Exekutivomite der „Kardnaja Wolja“ macht bekannt, daß das Attentat Sanzowski's auf Tscherewin und die Entwendung von 300,000 Rubeln aus der Kasse des Finanzbureau's in Moskau weber auf seine Anordnung, nach mit seinem Borwissen geschehen sind. In Bezug auf letztern fügt es hinzu:

Nach ihren längst bekannt gemachten Prinzipien läßt die Partei nur die Konfiskation von Regierungsgeldern zu. Was den Raub von Privatkapitalien und besonders die Plünderung von öffentlichen Wohlthätigkeits-Anstalten anbetrifft, so sind sie unsern Grundätzen ebenso entgegen, als sie von der kaiserlichen Bürokratie gemohnheitsmäßig geübt werden.

Wie jämmerlich schwach sich die russische Regierung jetzt fühlt, dafür liefert einen neuen Beweis, daß sie ihr offizielles Organ, den „Wostok“ hat eingehen lassen müssen. Die Jarenherrschaft ist im Innern so erschüttert, daß sie das Risiko eines ausartigen Krieges gar nicht mehr wagt. Jetzt soll die berüchtigte dritte Abtheilung wieder hergestellt werden, um den Staat zu retten. Daß sie seiner Zeit aufgelöst wurde, weil sie den Staat nicht retten konnte, ist nämlich inzwischen vergessen worden.

— **Aus Amerika.** Die Wahlerfolge unserer Partei sind mit ganz besonderer Begeisterung von den Sozialisten in Nordamerika begrüßt worden, haben dieselben doch das erhebende Bewußtsein, durch ihre Selbstmuthlungen ein wesentliches Theil mit dazu beigetragen zu haben. An verschiedenen Orten haben Wahlsiegerliste stattgefunden, auf welchen begeisterte Hofs auf unsere wackeren Kämpfer in Deutschland ausgebracht und neue Sammlungen für Kampf und Wehr vorgenommen wurden.

Der letzte Bericht über eine solche Feier, den wir erhielten, ist aus Chicago, wo Genosse Grottkan in einer schmerzvollen Rede die Bedeutung und den Werth der letzten Reichstagswahlen darlegte. Grottkan schloß mit folgenden Worten:

„Daher sind wir wohl berechtigt und verpflichtet, anzuerkennen, daß, wenn der Freiheitskampf auf den Varrifaden seinen Vorber verdient, weil Gut und Blut einer gerechten Sache zur Verfügung gestellt wird,

der ungleich schwerere, härtere, qualvollere, friedliche Kampf, welcher der Straßenschlacht nothwendig vorausgehen muß, der Kampf, welcher seine Opfer langsam und zollweise hinschlachtet, dieser bewußte, bei kaltem Blute geführte, gewaltige und opferreiche Kampf, nicht weniger des Lobes werth und würdig ist! Hat ab, vor den Kämpfern in Deutschland!“

Parteigenossen! Vergeßt der Verfolgten und Gemäßigten nicht!

Korrespondenzen.

— **Aus dem 3. Hamburger Wahlkreis,** im Dezember. Die Wahlen hätten wir hinter uns, und will ich den Genossen in kurzem einen Bericht über dieselbe in unserm Kreise geben. Mit dem Stand der Bewegung, sowie mit dem Ausfall der Wahl können wir zufrieden sein. Der erste Eindruck, den die Verhängung des kleinen Belagerungszustandes über die königlich preussische Republik Hamburg machte, ist längst überwunden, die Organisation gefestigt und überall wurde von den Genossen mit Feuerkraft agitirt. Es war eine Freude, mit anzusehen, wie zur Wahlagitation die alten erprobten Genossen sich stellten, und keiner sich durch die Möglichkeit der Ausweisung zurückziehen ließ. Unsere Stimmenzahl haben wir trotz Belagerungszustand behauptet. Zur Stichwahl fehlten uns 20 Stimmen, welche uns von den Gegnern ehrlich gestohlen sind. Am Wahltage wurden an den verschiedenen Orten unsere Stimmzettel ausgetheilt und drei Stunden in Haft gehalten. Jeder auf der Straße Agitirte wurde von den Konstablern wohl 5—6 Mal angeschrien zum Zweck der Einschüchterung, einem Genossen wurden zwei Tage vor der Wahl 10,000 Stimmzettel vom Polizeibeamten abgenommen u. s. w. Daß unter diesen Umständen die Wahl unerreicht mit Erfolg angefochten werden könnte, liegt auf der Hand, doch wer soll protestiren? Wer es thut, wird von Weib und Kind gejagt, und da an einen erhaltenden Sieg für diesmal noch nicht zu denken ist, so haben wir es vorgezogen, unsere Leute nicht nutzlos zu opfern. Unser Reichstagskandidat E. Breuel steht fest und treu zu uns! Während die Herren Gebrüder Kapell und G. W. Hartmann sich tapfer rückwärts konzentriren und dafür auch wieder in Gnaden in Hammoniens Arme aufgenommen wurden, antwortete uns unser Vorkämpfer auf die Anfrage, ob er wieder kandidiren wollte, in seiner schlichten einfachen Weise: „So lange Ihr mich haben wollt, stehe ich zur Verfügung.“ Dafür muß er jetzt aber auch büßen. Während man ihm im vorigen Jahre zwei Mal gestattete, auf kurze Zeit nach Hamburg zu kommen, um notwendige geschäftliche Angelegenheiten zu erledigen, hat man kurz nach der Wahl ein derartiges Gesuch Breuel's rund abgeschlagen, trotzdem ein kräftiges Attes bezogte, daß seine Frau krank darniederliegt und trotzdem Breuel's Geschäft unter seiner Abwesenheit fürchtbar leidet. Es ist darauf abgesehen, Breuel zu ruiniren; möge die Genossen das begreifen und dadurch, daß sie nun erst recht bei Breuel laufen, diesen schändlichen Hieb pariren.

Zum Schluß noch eine Verächtigung. Der „Sozialdemokrat“ berichtete neulich, daß das Volk von Hamburg-Altona den deutschen Kaiser ausgepfiffen hätte. Dieses ist nicht der Wahrheit gemäß. Die hiesigen Arbeiter, als politisch aufgeklärte und gesunde Männer überlassen etwaigen Auspfeifen gerne den Schul- und Schusterjungen, sie selbst bleiben aber bei derartigen Gelegenheiten ruhig bei ihrer Arbeit. X.

— **Hamburg, 20. Dezember.** Zum Belagerungszustand in Hamburg. Der über unsere Stadt verhängte „Kleine“ scheint von den Fabrikanten dazu benutzt zu werden, die ohnehin schon niedrigen Löhne der Arbeiter noch mehr herunterzudrücken, in der Voraussetzung, daß die Arbeiter sich jetzt noch viel mehr denn früher gefallen lassen. Dagegen die hiesige Gewerkschaft leistet in dieser Beziehung Erstaunliches. Nachdem die meisten der dort beschäftigten Arbeiter bereits mit einer Lohnreduktion beglückt waren, so daß dieselben bei 12stündiger Arbeitszeit nur noch 10—14 Mark verdienen, versuchte man vor kurzem auch den Akkordarbeit in der Zugschneidwerkstatt zu reduzieren, und zwar um ca. 30% Proz., so für einige Artikel gar um 50 Proz. Für diesen Lohn, erklärten sämtliche Arbeiter (18 Mann), nicht arbeiten zu können und kündigten. Die Direktion mochte wohl eingesehen haben, daß sie dadurch einen Verlust erleiden würde, denn die Leute sind fast sämtlich länger denn 10 Jahre dort, entließ hierauf drei bekannte Parteigenossen sofort — nach dem Fabrikreglement steht der Direktion dieses Recht zu, während der Arbeiter 14 Tage vorher kündigen — muß und dachte, die andern 15 Mann schon bewegen zu können, weiter zu arbeiten. Aber die Herren hatten sich verrechnet. Als die übrigen Arbeiter hörten, daß ihre Genossen entlassen seien, wollten sie ohne dieselben nicht arbeiten, was auch ihre Entlassung zur Folge hatte. Für die als Gemäßigten gibt sich in Arbeiterkreisen allgemeine Theilnahme kund. Einige von diesen Leuten begaben sich nach Amerika, denn wenn sie einmal verhungern sollen, dann lieber drüben, als im „theuren“ Vaterlande. Von der Furcht der Herren, die Arbeiter möchten sich rächen, jagt, daß in den nächsten Tagen allabendlich ein Polizist vor der Fabrik auf- und abpatrouillirt hat, ja ein Vorstandsmittel soll sich sogar Abends von der Polizei haben nach Hause begleiten lassen. Aber nicht das Geringste ist vorgefallen: die Arbeiter haben erkennen lernen, daß mit einem Puffe nichts gebessert ist; aber vergessen werden wir diese Herren später auch nicht. Erwähnt sei noch, daß einer der Resortiers sich geküßert hat, was der Arbeiter über 12 Mark verdient, sei zum Fenster hinausgeworfen; vielleicht zeigt uns der Herr demnächst einmal, wie man es machen muß, um mit diesem Gelde eine Familie zu ernähren.

Hoffentlich werden durch solche Vorgänge die uns noch indifferent gegenüberstehenden Arbeiter zum Nachdenken anregt und lernen einschleichen, was es mit der so viel gepriesenen „Harmonie zwischen Kapital und Arbeit“ auf sich hat, und von welcher Partei sie nur allein Vortheil erwarten können. Ruprecht.

— **Aus Niederschlesien und der Lausitz.** Den auswärtigen Genossen ein, wenn auch nur schwaches Bild über die Parteibewegung in Niederschlesien und der Lausitz zu geben, war längst schon beabsichtigt, doch ließ die voraussichtliche Anbahnung des Stosses im Organ während und nach der Wahl diesen Wunsch bis jetzt immer noch zurücktreten. Wie überaus erschwert die Agitation in vorwiegend ländlichen Wahlkreisen selbst unter normalen Verhältnissen, besonders aber unter den jetzt herrschenden ist, wird Jedem klar. Hier aber wirken die verschiedenen Umstände zusammen, der Verbreitung unserer Ideen die größten Hindernisse zu bereiten. In den zahlreichen kleinen Städten Niederschlesiens steht die Industrie glänzend, mit ihr der eigentliche Träger des Sozialismus. Ein verknäuerter, die Abschaffung der alten Junkrechte tief bejammernder und sich an die täglichen Ueberreste derselben und deren neuere Anläge, die Zunahmen, ängstlich anklammernder Handwerkerstand vegetirt daselbst neben dem beschlagnahmten Ackerbürger, auf dessen Behauptung schon die Urgroßeltern ihr Ansehen gründeten, und weiß komischer Weise seiner vorhandenen Unzufriedenheit nur Ausdruck zu verleihen durch Hinweis auf seine 4 Lehrsätze und sein gezähltes Reichthum und Bürgerrechtsgeld. Auf dem Lande jedoch radeert sich der kleine Bauer von früh bis spät und hat sich bei jezt nur höchst selten zu einer höheren geistigen Thätigkeit aufschwängen können, als zu seinem sonntäglichen Gange in die Kirche und dem landesthümlichen „Schafstopp“, sowie dem Genuß seiner, durchaus nicht kleinen, Quantität Zuzelschnaps, der gerade in Schlesien in erschreckender Menge konsumirt wird. Diese blüht aus Stupide grenzende Theilnahmslosigkeit der Bevölkerung, andererseits das Unbewusstseins des kleinen Häufleins der Genossen, verschärft durch den allgemeinen schlechten Gesundheitszustand, wo Jeder nur mit Noth im Stande ist, Leib und Seele zusammenzuhalten, endlich der Druck unserer österrischen Behörden, die ihren ganzen Apparat, vom Pfaffen und Büttel bis zum kleinsten Wächter von Kreisblatt herunter, spielen lassen — dies sind die Ursachen, daß in unserer Gegend nur wenige Stimmen für die sozialistischen Kandidaten abgegeben wurden. Dennoch aber, als auf der ganzen Linie zum Konkreten gelassen wurde, sind auch wir nicht im Lager geblieben. Wir haben uns mit lächerlichem Angriff auf den Feind getüßelt und seine Stellung erschüttert. Unser Zentrum bildete Görtlich. Hier erhielten wir 30 Stimmen

